

Ausschuß "Mensch und Technik"

Protokoll

44. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.25 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)

Stenograph: Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995) - Einzelpläne 02, 06, 07 und 08**

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7500 und 11/7970 (1. Ergänzungsvorlage)

Vorlagen 11/3229, 11/3246, 11/3249, 11/3250, 11/3445
und 11/3474

Der Ausschuß berät über die vorliegenden Anträge zu den ihn betreffenden Einzelplänen.

Der Ausschuß lehnt die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von SPD und CDU bei Abwesenheit der F.D.P. gegen die Stimmen der Vertreterin der GRÜNEN ab.

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
ls-mj

Seite

Der CDU-Antrag wird vom **Ausschuß** mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Abwesenheit der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit der F.D.P. angenommen.

2 **Verschiedenes**

8

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
ls-mj

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995) - Einzelpläne 02, 06, 07 und 08**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7500 und 11/7970 (1. Ergänzungsvorlage)

Vorlagen 11/3229, 11/3246, 11/3249, 11/3250, 11/3445 und 11/3474

Die Berichte des Ausschusses "Mensch und Technik" - Vorlagen 11/3405, 11/3417, 11/3423 und 11/3425 - enthalten sämtliche zur zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit den jeweiligen Begründungen und die Abstimmungsergebnisse.

Einzelplan 02

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Nach den Ausführungen des **Abgeordneten von Unger (CDU)**, die im wesentlichen der Antragsbegründung entsprechen, erklärt **Abgeordneter Hellwig (SPD)**, seine Fraktion lehne den Kürzungsantrag der CDU-Fraktion ab, weil nur mit Hilfe von im Landeshaushalt ausgewiesenen Mitteln der angestrebte Effekt erzielt werde. Im übrigen habe sich das Wissenschaftszentrum gerade in den letzten Jahren um einen verstärkten Dialog bemüht.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, trägt die **Vorsitzende** vor, stimme zwar mit der CDU-Fraktion darin überein, daß insbesondere über die Zielsetzung bei der Aufgabenstellung des Wissenschaftszentrums noch einmal nachgedacht werden müsse - das gelte insbesondere für die "Dach-Funktion" des Wissenschaftszentrums -, aber dem Kürzungsvorschlag könne ihre Fraktion nicht zustimmen, da sonst der Ansatz nicht mehr angemessen wäre.

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
ls-mj

Einzelplan 06

Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen

Die **Vorsitzende** führt zur Begründung des von ihrer Fraktion beantragten neuen Titels "Förderung des öffentlichen Dialogs zur Gentechnologie" ergänzend an, bei einer Veranstaltung der Biotech am letzten Samstag habe sich gezeigt, daß die Industrieunternehmen ebenfalls mehr Informationen und Diskussionen zu diesem Themenbereich für notwendig hielten. Das Institut für Wissenschaft und Ethik sei jedenfalls dieser Aufgabe in der Vergangenheit nicht gerecht geworden. Dies könne auch für die Zukunft nicht erwartet werden.

Die CDU-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen, führt **Abgeordneter von Unger (CDU)** aus, weil damit lediglich dasselbe gefordert werde, was bereits vorhanden sei.

Die SPD-Fraktion begrüße selbstverständlich jeden öffentlichen Dialog zur Gentechnologie, hebt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** hervor. Da aber die Oppositionsparteien an anderer Stelle bei der Öffentlichkeitsarbeit Kürzungen im Haushalt anstrebten, könne er nicht nachvollziehen, daß für eine zusätzliche Variante noch Mittel eingesetzt werden sollten. Gerade die letzten Sitzungen des Ausschusses hätten belegt, daß der öffentliche Dialog in sachlicher und breiter Form begonnen habe.

Kapitel 06 040 - Zuschuß zu den Betriebs- und Verwaltungskosten der Forschungszentrum Jülich GmbH

Die Titel 68 511 und 89 211 sollten deshalb um jeweils 10 % gekürzt werden, begründet die **Vorsitzende** ergänzend den Antrag, weil nach dem Jahresbericht 1994 das Forschungszentrum nach wie vor an einen Ausbau der Atomenergie denke und nicht darüber nachgedacht werde, wie der Ausstieg aus der Atomtechnologie gestaltet werden könne.

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
ls-mj

Gerade bei einer Risikotechnologie existierten gute Gründe, über eine Minimierung von Risiken nachzudenken, betont **Abgeordneter von Unger (CDU)**. Deshalb lehne seine Fraktion den Antrag ab. Die CDU-Fraktion spreche sich zudem für den Einsatz der Kernenergie aus.

Die Politik der SPD im Bereich der Kernenergie, führt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** aus, sei in den letzten Jahren und Jahrzehnten konsequent gewesen. Außerdem verschwinde die Kernenergienutzung nicht einfach mit einem Ausstiegsbeschluß aus der Gesellschaft. Darüber hinaus existierten beim Kernforschungszentrum Jülich interessante Forschungsprojekte, die beispielsweise auch für einen sicheren Ausstieg aus der Kernenergienutzung sorgen sollten. Deshalb hielte er es für verheerend, würde diesem Antrag gefolgt.

Kapitel 06 040 - Titelgruppe 66

Zu der von der **Vorsitzenden** nochmals mündlich vorgetragenen Antragsbegründung, unterstreicht **Abgeordneter von Unger (CDU)**, zwar könne seine Fraktion dem Antragsbegehren zustimmen, aber derzeit gehe es um die Sicherung des Vorhandenen. Aus diesem Grunde lehne seine Fraktion diesen Antrag ab.

Hinge die Technikfolgenabschätzung und -bewertung von 30 000 DM ab, betont **Abgeordneter Hellwig (SPD)**, wäre es um diesen Bereich schlecht bestellt. Das Ministerium hätte eine Erhöhung des Ansatzes vornehmen können, wenn es dies für notwendig erachtet hätte. Da keine Erkenntnisse vorlägen, daß dieser Bereich bei dem vorgegebenen Ansatz gefährdet sei, lehne die SPD-Fraktion den Antrag ab.

MR Jenkner (MWF) legt dar, normalerweise würden solche Arbeitskreise, da sie ein flexibles Instrument darstellten, befristet mit einer halben BAT 2-A-Stelle finanziert. Der Arbeitskreis "Technikfolgenabschätzung und -bewertung" werde hingegen zur Zeit mit einer vollen 2-A-Stelle unterstützt, weil die schon bekannte Dokumentation "Technikfolgen-Forschung" in qualitativ anderer Form neu aufgelegt werden solle. Durch die Verbindung dieser Aufgaben sei voraussehbar auch für 1995 eine volle Stelle für diesen Arbeitskreis vorgesehen.

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
ls-mj

Kapitel 06 040 - Erhaltung und Entwicklung der Forschung auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie - Titelgruppe 70

Nach der Antragsbegründung der **Vorsitzenden**, die weitgehend der schriftlichen Antragsbegründung entspricht, stellt **Abgeordneter von Unger (CDU)** fest, mit all diesen Techniken gingen neben ihren Vorzügen Risiken einher. Für die CDU-Fraktion werde mit der Gentechnologie ein unendlich weites und segensreiches Feld des menschlichen Wissens aufgeschlagen. Um so wichtiger sei es, sich der Risiken zu vergewissern und diese zu minimieren, wozu die angesetzten Haushaltsmittel dienen. Deshalb werde seine Fraktion der beantragten Änderung der Zweckbindung nicht zustimmen.

Zu den mit der Bio- und Gentechnik verbundenen Chancen und Risiken kündigt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** noch für diese Legislaturperiode einen Antrag der SPD-Fraktion an. Den Antrag der GRÜNEN lehne die SPD-Fraktion ab.

Einzelplan 07

Zunächst führt **Regierungsangestellter Dr. Schäffer (MAGS)** aus:

Generell ist das Ministerium von einem fast überrollenden Haushalt ausgegangen. Erhöhungen hat es lediglich in den Bereichen gegeben, in denen sich tarifvertragliche beziehungsweise rechtliche Verpflichtungen ergeben haben.

Die Technologieberatungsstelle ist in der Ergänzungsvorlage beim Gefahrstoffprojekt berührt. Dazu wird zugunsten des Jahres 1996 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400 000 DM eingerichtet, weil das Gefahrstoffprojekt kostenneutral verlängert wird. Das hat damit zu tun, daß sich der Projektbeginn ein wenig verzögert hat, was aber keine inhaltliche Änderung bedeutet.

Der Ansatz für das Institut Arbeit und Technik kann um etwa 5,2 Millionen DM reduziert werden, weil das Institut nach der Fertigstellung des Neubaus seine neuen Räumlichkeiten bezogen hat. Deshalb muß lediglich noch die vierte Teilrate in Höhe von 1,8 Millionen DM aufgebracht werden.

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
Is-mj

Für das SoTech-Programm sind im Haushaltsentwurf 1,3 Millionen DM angesetzt. Diese Mittel sollen zur Bedienung von Altverpflichtungen aus der Titelgruppe 90 aufgewendet werden. Dahinter verbergen sich im wesentlichen verschiedene Publikationen, noch anhängige Workshops und Technologiegespräche vor Ort. Im übrigen soll das inhaltlich mit dem SoTech-Programm verfolgte Anliegen im Rahmen des QUATRO-Programms wahrgenommen werden. Zum QUATRO-Programm sind dem Ausschuß einige Informationen zugegangen. Dieses neue Programm soll die zentralen Ansätze des SoTech-Programms entlang der Aufgabefelder Qualifizierung, Technologieentwicklung, Organisations- bzw. Reorganisationsentwicklung fortführen. Bei den institutionellen Umsetzungsstrukturen ähnelt das QUATRO-Programm dem SoTech-Programm. In der schriftlichen Einführung zum Haushalt hat der Minister ausgeführt, daß das neue Programm durch einen Programmbeirat, der sich inzwischen konstituiert hat, begleitet wird. Am 14. Dezember soll die Öffentlichkeit über dieses neue Programm noch intensiver informiert werden, wozu selbstverständlich auch die Mitglieder dieses Ausschusses eingeladen werden. Bei der in der Messe in Düsseldorf vorgesehenen Veranstaltung wird das Ministerium Fördermodalitäten und Programmdetails der Öffentlichkeit vorstellen.

In dieser Woche habe ich an der Sitzung des beratenden Ausschusses des Europäischen Sozialfonds teilgenommen, wo ich die Länderbank vertrete. In dieser Sitzung ist das Planungsdokument der Bundesrepublik Deutschland zu Ziel 4, was bei uns QUATRO heißt, zur Diskussion gestellt worden. Der Ausschuß hat zu diesen Programmvorstellungen eine positive Stellungnahme ausgesprochen. Insofern dürfte die Kommission die Vertragsdokumente spätestens Anfang Dezember unterschreiben. Es müssen allerdings noch einige beihilferechtliche Fragen mit der Direktion 4 Wettbewerb diskutiert werden, was aber in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden kann. Spätestens Anfang nächsten Jahres kann das durch die langen Verhandlungen mit Brüssel verzögerte Programm beginnen. Deshalb werden die Mittel im Haushalt 1995 benötigt, um das Programm voranzubringen.

Die Gemeinschaftsinitiative ADAPT soll in der Zeit bis 1999 durchgeführt werden. Es handelt sich quasi um den "transnationalen Zwilling" des QUATRO-Programms. Inhaltlich geht es ebenfalls darum, daß sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Herausforderungen des Strukturwandels einstellen können. Thematisch werden die gleichen Felder behandelt: technologische Innovation oder Prozeßinnovation innerhalb der Betriebe, neue Organisationsentwicklungen, Produktinnovation mit einem starken

Ausschuß "Mensch und Technik"
44. Sitzung

25.11.1994
ls-mj

Akzent in Richtung prozeßintegrierter Umweltschutz. Bei ADAPT wird lediglich zusätzlich angestrebt, innovative Modellprojekte vorzubereiten und durchzuführen, an denen immer auch ein oder zwei andere Mitgliedstaaten oder Firmen bzw. Institutionen aus Europa beteiligt werden sollen. Zur Stunde kann noch nicht präzise gesagt werden, wann diese Gemeinschaftsinitiative starten kann. Sicher ist jedoch, daß sie 1995 beginnen wird. Im Moment werden die Planungsdokumente für die Bundesrepublik erstellt; sie werden noch in diesem Jahr nach Brüssel geschickt. Wegen des auch bei der europäischen Kommission bestehenden Haushaltsdrucks erwarte ich, daß sehr rasch im nächsten Jahr zu ADAPT entschieden wird, so daß mit Sicherheit noch 1995 die Gemeinschaftsinitiative ADAPT gestartet werden kann. Entsprechende Haushaltsmittel sind in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf des Landeshaushalts 1995 ausgewiesen.

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 684 30 - Zuschuß an die Technologieberatungsstelle beim
Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen -
e.V. Oberhausen

Die CDU-Fraktion könne dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen, weil mit ihm letztlich eine Ausgabenerhöhung von 100 000 DM verbunden sei, erklärt **Abgeordneter von Unger (CDU)**.

Diese Mehrausgaben seien durch die zusätzlichen Initiativen und Beratungen begründet, erläutert **Abgeordneter Hellwig (SPD)**.

Die **Vorsitzende** begründet, da sie diese Arbeit für sinnvoll halte, werde sie dem SPD-Antrag zustimmen.

Kapitel 07 020 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

Die SPD-Fraktion begrüße, daß die GRÜNEN ein Programm der Landesregierung unterstützen und stärken wollten, stellt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** heraus. Von dem in Kürze zu erwartenden Bericht "10 Jahre SoTech-Programm" könne insge-

Ausschuß "Mensch und Technik"

25.11.1994

44. Sitzung

ls-mj

samt eine gute Bilanz über dieses Programm erhofft werden. In den letzten Tagen habe sich seine Fraktion vergewissern können, daß einige Institute sehr stark auf diesem Gebiet tätig seien und daß das SoTech-Programm in den größten Teilen durch die europäischen Programme fortgesetzt werden könne. Zudem sei eine zunehmende Bereitschaft der kleinen und mittleren Betriebe festzustellen, die Angebote der geschaffenen Beratungsstellen anzunehmen. Mit dem Antrag der GRÜNEN könnten in diesem Bereich zwar noch mehr Aktivitäten erreicht werden, aber gleichzeitig stehe dahinter ein abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber der Europäischen Union. Zunächst einmal sollten aber die beiden Programme QUATRO und ADAPT abgewartet werden, nachdem alle Signale aus Brüssel positiv seien. Der Ausschuß könne sich bei dem beabsichtigten Besuch in Brüssel aus erster Hand über die Umsetzung dieser europäischen Programme informieren.

Die **Vorsitzende** hebt zur Begründung des Antrages heraus, die Programme QUATRO und SoTech seien in den Zielen keineswegs identisch. Technikgestaltung in der Verwaltung werde mit dem QUATRO-Programm nicht mehr möglich sein, so daß schon aus diesem Grund das SoTech-Programm fortgeführt werden müsse, wenn die sozialverträgliche Technikgestaltung ernstgenommen werde. Sie trete für die Weiterführung des SoTech-Programms ein, um zu signalisieren, daß Technikgestaltung gewünscht werde und daß es nicht nur darum gehe, Menschen an Technik anzupassen.

Die CDU-Fraktion begrüße bekanntlich das SoTech-Programm nach Ziel, Inhalt und Durchführung, erklärt **Abgeordneter von Unger (CDU)**, aber in Zeiten knapper Kassen sei es insbesondere erfreulich, wenn auch die Landesregierung von dem oft von der CDU empfohlenen Mittel der Fremdfinanzierung Gebrauch mache. Bis zum Beweis des Gegenteils gehe seine Fraktion davon aus, daß die Vorhaben des SoTech-Programms durch das QUATRO-Programm ebenfalls gefördert werden könnten. Seine Fraktion lehne deshalb diesen Antrag ab.

Nach den Erkenntnissen der SPD-Fraktion, stellt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** klar, könne nicht davon gesprochen werden, die Landesregierung verabschiede sich vom SoTech-Programm.

Zu der Äußerung, der Dienstleistungssektor werde vom QUATRO-Programm nicht abgedeckt, zitiert **Regierungsangestellter Dr. Schäffer (MWF)** aus der Verordnung, die dem Programm zugrunde liegt. Danach müsse dafür gesorgt werden, daß

Ausschuß "Mensch und Technik"

25.11.1994

44. Sitzung

ls-mj

die Maßnahmen im Zusammenhang mit Ziel 4 auf die tieferliegenden Ursachen der Probleme der industriellen Anpassung einschließlich der Dienstleistungen und nicht auf kurzfristige Marktsymptome gerichtet seien. In den Planungsdokumenten sei der Rahmen für Projekte aus diesem Programm so weit gesteckt worden, daß extensiv ausgeschöpft werden könne, was die Europäische Kommission ermögliche, so daß der Dienstleistungssektor durchaus in das Programm eingeschlossen sei.

Diese Ausführungen beruhigten sie keineswegs, entgegnet die **Vorsitzende**, da sie sich auf die öffentliche Verwaltung bezogen habe und dies eben nicht durch die Richtlinie abgedeckt sei.

Einzelplan 08

Kapitel 08 020 - Allgemeine Bewilligungen

Abgeordneter von Unger (CDU) verweist darauf, daß bereits die Initiative für Bio- und Gentechnologie die Aufgabe "Förderung des öffentlichen Dialogs zur Gentechnologie" wahrnehme. Es genüge für ihn nicht, ein neues Institut mit einem "grünen Aufkleber" dafür vorzusehen.

2 Verschiedenes

Die **Vorsitzende** schlägt vor, den Termin für die vorgesehene Reise nach Brüssel am Rande einer Plenarsitzung mit den Obleuten oder über die Assistenten der Fraktionen abzusprechen.

Der **Ausschuß** kommt überein, daß die Fraktionen ein Rahmenkonzept aus der Tätigkeit des Ausschusses heraus entwickeln, worüber dann abschließend im Ausschuß beraten werden soll. Der Abschlußbericht soll spätestens im Februar 1995 vorliegen.